

Delfer Kreisblatt

Das Kreisblatt erscheint Dienstag und Freitag und kann nur mit der „Kofomotive“ zusammen bezogen werden; dieselbe kostet für das Vierteljahr bei der Post 2,40 M.



Redakteur: Max Politt.

Druck und Verlag A. Budwi's Buchdruckerei Rbthe, Politt & Co. in Dels.

Inserate werden bis Montag und Donnerstag mittag in der Geschäftsstelle angenommen.

Preis für die 4 geschaltene Zeile 16 Pf.; für außerhalb des Landgerichtsbezirks Dels Wohnende 20 Pf.

Nr. 10.

Dels, den 8 Februar 1918.

56. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

A. Bekanntmachungen des Königlichen Landrats.

Dels, den 3. Februar 1918.

Das Sachregister zum Kreisblatt für 1917.

Hierdurch bringe ich zur Kenntnis der Amts-, Guts- und Gemeindevorstände sowie der Schulvorstände und der Fleischbeschauer des Kreises, daß das Sachregister zum Kreisblatt für 1917 in meinem Bureau zur Abholung bereit liegt. Der Preis beträgt 1 M. pro Exemplar.

Dels, den 1. Februar 1918.

Abgabe von Eiern.

Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, daß die nach Deckung des örtlichen Bedarfs abzugebenden Eier nur an die von mir bestellten Aufkäufer oder an die Hausfrauenvereine in Dels und Bernstadt abgeliefert werden dürfen.

Dels, den 2. Februar 1918.

Sammlung von altem Lanowert.

Die Bezugsvereinigung Deutscher Landwirte will altes Lanowert gegen Bindgarn eintauschen, und zwar unter folgenden Bedingungen:

Gegen altes Lanowert aller Art, das bis Ende Februar 1918 frachtfrei eingesandt wird, liefert die Bezugsvereinigung zu nachstehenden Vorzugsspreisen:

Nach ihrer Wahl entweder

Harisfasergarn zu M. 6,— oder

Weichfasermitzgarn, etwa 450 m laufend, zu M. 7,50 oder

Weichfasergarn, etwa 550 m laufend, zu M. 10,—

das Kilo, brutto für netto, in Originalballen, netto Kasse, frei ab Fabrik oder Lager.

In obigen Preisen ist die Entschädigung für das angelieferte Lanowert bereits berücksichtigt. Eine weitere Vergütung dafür kann nicht gewährt werden.

Sammelstellen sind errichtet:

in Dels beim Kaufmann Seld,

in Bernstadt beim Sattlermeister Tost.

Dels, den 4. Februar 1918.

Nach Entscheidung des Herrn Staatssekretärs des Kriegs- und Ernährungsamtes sind Geistliche, die auf Grund privatrechtlichen Vertrages zwischen der Kirchen- und Zivilgemeinde Anspruch auf Lieferung von Brotgetreide haben, nicht als Selbstversorger im Sinne des § 7 der M. O. D. anzusehen, weil sie nicht zu den Wirtschaftsbeteiligten des Betriebsunternehmens gehören, mithin eine wesentliche Voraussetzung für die Anerkennung als Selbstversorger nicht erfüllen.

Dels, den 4. Februar 1918.

Höchstpreise für Zucker.

Auf Grund des § 18 der Bundesratsverordnung vom 17. Oktober 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 909) wird für den Umfang des Kreises Dels folgendes angeordnet:

Die in § 1 der Verordnung vom 6. November 1917 „Höchstpreise für Zucker“ (Kreisblatt Seite 320) festgesetzten Höchstpreise für Kandis werden wie folgt geändert:

52 Pfennig für das Pfund weißen Kandis

50 Pfennig für das Pfund bunten Kandis

Dels, den 4. Februar 1918.

Nährmittel für das glatte Land.

In nächster Zeit wird auf die gelbe Nährmittelmarte Nr. 7 ein Pfund Startoffenwalzmehl abgegeben. Die Ortsverbrauchsaußschüsse wollen der Ortsen Mühle mitteilen, an wen das Walzmehl gesandt werden soll.

Dels, den 5. Februar 1918.

Betrifft Handel mit Ruz- und Zuchtvieh.

Nach einem Erlaß des Herrn Staatskommissars für Volksernährung muß unbedingt dem Schleichhandel mit Vieh mit allen Mitteln entgegengetreten und Sicherheit geschaffen werden, daß Schlachtvieh nicht als Ruzvieh verhandelt wird. Da nach diesem Erlaß die Kreis-Oberkäufer jedes zur Ausfuhr aus dem Kreise bestimmte Stück Ruzvieh vor der Verladung besichtigen und die Verwendbarkeit als solches bescheinigen müssen, hat der Kreisliche Viehhandelsverband sich entschlossen, den Ausgleich von Ruzviehangebot und Nachfrage unter seiner Leitung und Aufsicht dem Oberkäufer zu übertragen.

Der Oberkäufer hat demgemäß vom 1. Februar ab die Überwachung und den Ausgleich des Ruz- und Zuchtviehhandels derart unter Leitung des Viehhandelsverbandes zu übernehmen, daß er eine Liste, in die er Ruzviehnachfrage und Angebot eintragen muß, zu führen hat.

Die einzelnen Posten muß er dem Viehhandelsverband anzeigen. Auf Grund dieser Anzeige wird der Viehhandelsverband wiederum nach möglichem Ausgleich innerhalb des hiesigen Kreises das Angebot und die Nachfrage von Kreis zu Kreis durch die Hand der Oberkäufer ausgleichen. Es ist daher unbedingt notwendig, um auch unnötige Quanspruchnahme des Eisenbahnfrachtraumes zu vermeiden und dem Oberkäufer die Möglichkeit der Regulierung von Angebot und Nachfrage innerhalb des Kreises zu geben, daß die Landwirte ihren Ueberfluß wie ihren Bedarf an Ruzvieh dem Oberkäufer anzeigen.

Unberührt von diesem Ausgleichsverfahren bleibt zunächst der freie Handel sowohl von Landwirt zu Landwirt, als auch der Handel durch Mitglieder des Viehhandelsverbandes.

Dels, den 4. Februar 1918.

Zu Anträgen auf Einfuhrerlaubnis für Zucht- und Ruzvieh sind fortan besondere Vordrucke zu verwenden. Diese können im Bedarfsfalle bei mir angefordert werden.

Dels, den 3. Februar 1918.

Hilfsdienstpflcht.

Die Ortspolizeibehörden ersuche ich, Hilfsdienstpflchtige, die als arbeitslos und arbeitsfrei ermittelt werden, unter Angabe der genauen Personalien usw. dem zuständigen Einberufungsausschuß zur zwangsweisen Anweisung von Arbeit namhaft zu machen.

Dels, den 4. Februar 1918.

Regelung des gewerblichen Privatunterrichtswesens.

Im Reichsgesetzblatt von 1917 ist auf Seite 683 eine Verordnung über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Unterricht abgedruckt.

Die Bekanntmachung bezweckt, eine wirksame Bekämpfung der Mißstände im gewerblichen und kaufmännischen Privatunterrichtswesen durch Einführung einheitlicher Bestimmungen für das Reichsgebiet zu ermöglichen. Sie beschränkt sich auf die Aufstellung der zur Erreichung des Zweckes unerlässlichen Grundsätze, während die Ausführung und weitere Ausgestaltung dieser Grundsätze den Einzelstaaten überlassen bleibt (§ 7 a. a. O.). Die Grundsätze stimmen in ihrem Hauptzügen mit dem für Preußen geltenden Rechtszustand überein. Die wesentlichen Abweichungen sind folgende:

1. Der Genehmigungspflicht unterliegen alle Unterrichtsveranstaltungen (Privatschulen und gewerbmäßiger Privatunterricht der in Rede stehenden Art) ohne Rücksicht darauf, ob die Schüler und Schülerinnen als schulpflichtig im Sinne der Ziffer 3 der Bestimmungen vom 1. Mai d. J. (S. 159) anzusehen sind oder nicht.

2. Als Bedingung für die Erteilung der Erlaubnis kann die Unterlassung des gleichzeitigen Betriebes des Gewerbes eines Stellersvermittlers auferlegt werden (§ 3 der Bekanntmachung).

3. Neben Zwangsstrafen im Verwaltungswege sind gerichtliche Strafen vorgesehen (§ 8 der Bekanntmachung).

Zur Ausführung ist auf Grund des § 7 der Bekanntmachung folgendes angeordnet:

1. Die Bestimmungen der Kunderlasse vom 15. Februar 1908 (S. 67) und vom 1. Mai d. J. (S. 159) bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Bekanntmachung selbst oder die nachfolgende Ausführungsanweisung abgeändert sind.

2. Zu § 1: Als Unterricht in gewerblichen und kaufmännischen Fächern ist jeder Unterricht anzusehen, welcher die Ausbildung zu einem gewerblichen und kaufmännischen Berufe zum Zwecke hat (vergleiche auch Ministerial-Erlass vom 11. November 1905, S. 355). Ob dieser Zweck verfolgt wird, ergibt sich in der Regel aus dem Gesamtcharakter der Veranstaltungen. Daneben kann ein Vergleich der Lehrpläne und Lehrgegenstände mit denen der öffentlichen gewerblichen und kaufmännischen Schulen Anhaltspunkte für die Beurteilung der Frage bieten.

Aus dem Inhalt des Ministerial-Erlasses vom 1. Mai v. J. wird noch folgendes bekanntgegeben:

Privatschulen sind alle Schulen, deren Träger eine Privatperson oder eine private Personenvereinigung ist. Nicht unter den Begriff Privatschulen fallen die von Körperschaften des öffentlichen Rechts errichteten Schulen, denen wie den Gemeinden, Innungen usw. die Befugnis zur Errichtung von Unterrichtsanstalten gesetzlich zusteht.

Als Privatunterricht im Unterschiede von einer Privatschule ist in jedem Falle der Einzelunterricht in der Wohnung des Schülers anzusehen. Ob im übrigen Privatunterricht oder eine Privatschule vorliegt, ist nach den Umständen des Einzelfalles zu entscheiden. Hierfür bietet die Zahl der Schüler allein keinen genügenden Anhalt. Größeres Gewicht ist darauf zu legen, ob bei dem Unternehmen schulmäßige Veranstaltungen vorhanden sind oder nicht. In Betracht kommt hierbei u. a. die Form der Anordnung, die Ausdehnung und die äußere Ausstattung des Unternehmens (z. B. Vereinstellung eines als Klassenzimmer hergerichteten Raumes), ferner die Benutzung gleicher Lehrgänge, Lehr- und Lernmittel für die gleichzeitig unterrichteten Schüler, die Ausstellung von Zeugnissen.

Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb einer Privatschule sind beim Landrat, in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern beim Gemeindevorstand anzubringen.

Sie müssen namentlich enthalten:

- a) die Angabe, welchen Namen die Schule führen und in welchen Räumen sie betrieben werden soll;
- b) den Nachweis, daß der Schulunternehmer die zum Betriebe der Schule erforderlichen Mittel besitzt;
- c) die Bezeichnung des Schulleiters, sofern dies nicht der Schulunternehmer ist;
- d) das polizeiliche Führungszeugnis, den Lebenslauf und Zeugnisse des Leiters und der Lehrkräfte der Schule;
- e) ein Verzeichnis der vorhandenen oder noch vor der Aufnahme des Unterrichts zu beschaffenden Einrichtungsmittel und Lehrmittel;
- f) die Angabe, welche Lehrziele die Schule verfolgen soll, Bestimmungen über Aufnahme und Entlassung der Schüler und über das zu entrichtende Schulgeld und sonstige Gebühren.

Die Erlaubnis zur Erteilung von Privatunterricht wird von der Ortsschulbehörde erteilt, die darüber einen für ein Jahr gültigen, jedoch widerruflichen Erlaubnisschein ausstellt. Die

Erlaubnisscheine sind in der Form von Ausfertigungen zu erteilen und unterliegen einer Stempelabgabe von 3 M. Verlängerungsvermerke auf den Erlaubnisscheinen sind stempelfrei (vergl. Erlass vom 10. Juni 1916, S. 174).

In dem Unterrichtserlaubnisschein sind die Fächer, auf die sich die Erlaubnis erstreckt, bestimmt zu bezeichnen.

Ueber die zugelassenen Privatlehrer führt die Ortsschulbehörde ein Verzeichnis. Sie unterliegen der Aufsicht der Ortsaufsichtsbehörde.

Pressenotiz

zu der Nachtragsbekanntmachung Nr. W. II. 2700.12. 17,

N. R. A. vom 1. Februar 1918.

Im § 3 Ziffer 1 der Bekanntmachung Nr. W. II. 2700.2 17. N. R. A., betreffend Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot), vom 1. April 1917 ist bestimmt, daß Auslands-spinstoffe und Auslands-garne von der Beschlagnahme ausgenommen sind.

Diese Ausnahme wird durch die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. II. 2700.12. 17. N. R. A. vom 1. Februar 1918 aufgehoben.

Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Meldepflicht und Einberufung auf Grund des Hilfsdienstgesetzes.

Die Vorschrift der Bundesratsverordnung vom 13. 11. 1917, nach welcher alle männlichen Personen zwischen 17 und 60 Jahren verpflichtet sind, sich für den Hilfsdienst zu melden, soweit sie nicht zum aktiven Heere oder zur Marine gehören oder auf Grund einer Retention zurückgestellt sind, hat unter der Bevölkerung annäherungsweise Beunruhigung hervorgerufen, indem die falsche Auffassung Platz gegriffen hat, daß namentlich auch solche Männer, die bereits in kriegswichtigen Betrieben tätig sind, zum Hilfsdienst herangezogen würden. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß die Verpflichtung zur Meldung als Hilfsdienstpflichtiger eine Einberufung zum Hilfsdienst durchaus nicht immer bedingt, und bei jedem Einzelnen seitens der Einberufungsausschüsse geprüft werden wird, ob die Voraussetzungen des Hilfsdienstgesetzes bei ihm vorliegen. Aus Betrieben, die als kriegswichtig anerkannt sind, z. B. landwirtschaftlichen Betrieben oder solchen der Kriegsindustrie und die auch nicht mit Arbeitskräften überfetzt sind, werden nach wie vor Einberufungen nicht erfolgen. Es ist daher überflüssig, wenn Personen, die auf Grund der Bundesratsverordnung ihrer Meldepflicht genügt haben, gleichzeitig gegen ihre Einberufung zum Hilfsdienst beim Einberufungsausschuß Einspruch erheben. Jeder Meldepflichtige wird gut daran tun, zunächst seine Einberufung abzuwarten, ehe er Schritte dagegen unternimmt.

Kriegsamtstelle Breslau.

Der Vorstand

Stadenhagen, Major.

Deis, den 5. Februar 1918.

Ergänzungszuschüsse zu den Alterszulagen-Klassenbeiträgen für Schulen.

Auf Grund der Vorschriften im § 48 Absatz 2 d. B. G. hat der Herr Minister für das laufende Rechnungsjahr zur Bestreitung der Mehrausgaben für die Gewährung eines Alterszulagen-Einheitsjahres von 100 Mark für die Lehrerstelle für jede der in Spalte 6 des Alterszulagen-Verteilungsplanes für 1917 aufgeführten Stellen einen Betrag von 12 Mark überwiesen. Dadurch läßt sich eine Herabsetzung der Beiträge zur Gewährung des oben bezeichneten Einheitsjahres für die unter § 46 Absatz 1 des d. B. G. fallenden Lehrstellen auf 431 Mark erreichen und es würden die Schulverbände zur Gewährung eines Einheitsjahres von 100 Mark für die Lehrerstelle und von 80 Mark für die Lehrerinstelle nur noch 431 — 337 = 94 Mark bzw. 198 — 184 = 14 Mark aufzubringen haben.

Um hierbei die leistungsschwachen Schulverbände mit nicht mehr als 25 Schulstellen durch Gewährung einmaliger Ergänzungszuschüsse zu unterstützen, hat der Herr Minister auch für das laufende Etatsjahr Mittel zur Verfügung gestellt.

Schulverbände, welche solche Zuschüsse in Anspruch nehmen wollen, haben bis zum 18. Februar eine Nachweisung nach folgendem Muster vorzulegen:

Lfd. Nr.	Name des Schulverbandes und Angabe, ob Eigen- oder Gesamtschulverband	Zum Schulverband gehören (Gemeinde- Guts-) bezirk	Zahl der Schul- stellen	Höhe des Beitrages 94 Mark für jede Lehrerstelle und 14 Mark für jede Lehrerstellstelle	Der Beitrag verteilt sich auf die in Spalte 3 angegebenen kommunalen Bezirke mitrund M.	Als Gemeindesteuern werden für 1917 erhoben		Als Kirchen- steuer werden erhoben Prozente
						Prozente der Ein- kommen- steuer	Prozente der Real- steuern	
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Schulvorstände, welche die Nachweisung nicht pünktlich vor-
legen, bleiben unberücksichtigt.

Dels, den 30. Januar 1918.

Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und sonstigen Betriebsmitteln.

Auf Grund der §§ 4, 21 und 79 der Reichsgetreideordnung
vom 21. Juni 1917 (Reichsgesetzblatt S. 507) wird für den
Umfang des Kreises Dels folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe sind ver-
pflichtet, ihre Maschinen, Geräte und sonstigen Betriebsmittel
auf Anordnung der Ortspolizeibehörde anderen Betrieben gegen
eine entsprechende Entschädigung leihweise zu überlassen, wenn
nicht ein triftiger Grund dagegen vorliegt.

§ 2.

Landwirtschaftliche Betriebe, die aus Mangel an Maschinen,
Wirtschaftsgeräten und sonstigen Betriebsmitteln die erforder-
lichen Arbeiten nicht rechtzeitig vornehmen können, haben dies
der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

§ 3.

Die Ortspolizeibehörde hat, wenn möglich, die Zuweisung
aus dem eigenen Bezirk zu veranlassen. Sie hat der Kreis-
getreidebestelle Mitteilung zu machen, wenn sie dieser Pflicht nicht
nachkommen kann.

§ 4.

Die Ortspolizeibehörden bestimmen die Dauer des Leihens
der Maschinen und Geräte. Sie setzen die zu erhebende Ge-
bühr fest.

§ 5.

Ueber Streitigkeiten entscheidet der Kreisausschuß, auf Be-
schwerde der Regierungspräsident endgültig.

§ 6.

Mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu
10 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen wird bestraft:

- wer die im § 2 erwähnte Anzeige verabsäumt,
- wer sich ohne triftigen Grund weigert, landwirtschaftliche
Maschinen und Geräte zur Verfügung zu stellen.

Der Kreisausschuß.

gez. Rojahn. Kallmann. Grünig. Vogel.
Dr. Krüger.

Dels, den 4. Februar 1918.

Die Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Spinn-
papier aller Art sowie für Papiergarne und -bindfäden vom
10. Juli 1917 Nr. B. III. 700.5. 17. R. N. A. ist durch eine
Nachtragsbekanntmachung vom 1. Februar 1918 Nr. Paga.
1200.11. 17. R. N. A. in mehrfacher Beziehung ergänzt und
abgeändert.

Zur Preistafel 1 der Bekanntmachung vom 10. Juli 1917
sind zwei Nachträge vorgesehen. Die Preistafel 2 hat unter
II A eine andere Fassung bekommen.

Ferner ist abgeändert der § 3 der Bekanntmachung, be-
treffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zell-
stoffgarn und Papierbindfäden sowie Meldepflicht über Papier-
garnerzeugung vom 23. Oktober 1917 Nr. Paga. 1.10. 17. R.
N. A. in seinem letzten Absatz durch eine Nachtragsbekannt-
machung vom 1. Februar 1918 Nr. Paga. 1500.11. 17. R.
N. A.

Der genaue Wortlaut beider Nachtragsbekanntmachungen
ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Dels, den 31. Januar 1918.

In alle im hiesigen Kreise belegenen landwirtschaftlichen
Betriebe über mehr als 20 Hektar Größe wird von hier aus in
diesen Tagen eine Fragebogen A zugestellt. Die Zustellung er-
folgt auf Veranlassung des Kriegswirtschaftsamtes, Abteilung D
in Breslau, die Nachweise dienen zur Vorbereitung für die
spätere wirtschaftliche personelle Demobilisierung zwecks Be-
schaffung erforderlicher Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.

Bei der Wichtigkeit der Sache ersuche ich noch besonders,
den Fragebogen recht sorgfältig auszufüllen und denselben bis
10. Februar 1918 zurückzusenden. Zweckmäßig ist, für etwaige
Rückfragen eine Abschrift des Fragebogens im Besitz zu behalten.
Im Falle der Nichtbeantwortung aller Fragen sind neue Fest-
stellungen unvermeidlich, wodurch unliebsame Verzögerungen
bei den so wichtigen Erhebungen des Kriegswirtschaftsamtes
entstehen.

Verteilung von Garn und Zwirn.

Im Hinblick auf die bevorstehende Verteilung von Garn
und Zwirn sollen für den Kreis Dels Listen der in Betracht
kommenden Bewerberinnen aufgestellt werden.

Zur Eintragung in die Listen können sich melden:

1. Kleinhändler, d. h. Personen oder Betriebe, die un-
mittelbar an die Verbraucher Garn oder Zwirn gegen Entgelt
abgeben.

2. Verarbeiter, d. h. Personen oder Betriebe, die

- Garn oder Zwirn in ihnen hierzu übergebenen Gegen-
ständen verarbeiten, z. B. Flachsneider oder Flicherinnen,
- Garn oder Zwirn gewerbmäßig zur Herstellung von
Gegenständen verarbeiten, z. B. Flachsneider oder Flach-
schneiderinnen.

Die Meldung erfolgt schriftlich oder mündlich bei der Be-
zirks-Bekleidungsstelle Dels, Schloßstr. 3.

Die Meldungen müssen bis zum 10. Februar 1918 er-
folgt sein.

Nur Betriebe, die sich rechtzeitig melden, können bei der
ersten Zuteilung berücksichtigt werden.

Im Auftrage des Kreisausschusses.

Die Bezirks-Bekleidungsstelle.

Die Ortsbehörden ersuche ich, die in Betracht kommenden
Betriebe und Personen auf vorstehende Bekanntmachung auf-
merksam zu machen.

Dels, den 5. Februar 1918.

Nachrichtenstelle über Vermißte und unbekannte Leichen.

Den Ortsbehörden geht in den nächsten Tagen ein Erlaß
des Herrn Ministers des Innern vom 19. v. M. zu, in welchem
angeordnet ist, daß zur Erleichterung und Vervollständigung
der den örtlichen Polizeiverwaltungen obliegenden Aufklärung
bei der Bearbeitung von Angelegenheiten, die die Vermißten
und unbekannten Leichen betreffen, eine Nachrichtenstelle
über Vermißte und über unbekannte Tote für das Königreich
Preußen bei dem Polizeipräsidium in Berlin errichtet wird.
Die Sammelstelle wird ihre Tätigkeit am 15. Februar dieses
Jahres aufnehmen.

Die ausschließliche Zuständigkeit der örtlichen Polizeiver-
waltungen zur Bearbeitung der Vermißtenanzeigen und zur
Aufklärung beim Auffinden unbekannter Tote bleibt unberührt.
Die örtlichen Polizeiverwaltungen haben bei Anzeigen über
Vermißte, wenn der begründete Verdacht eines Unglücksfalles
oder beabsichtigten oder begangenen Selbstmordes besteht, und
bei Auffinden unbekannter Tote alle zweckdienlichen Ermitt-
lungen anzustellen und jede Aufklärung zu versuchen. Sind die

Ermittelungen ergebnislos geblieben, so haben sie der Nachrichtsammeckstelle Nachricht zu geben. Eine besondere Frist für die Einreichung der Anzeigen wird nicht angeordnet. Besonderer Wert ist auf genaue Angabe des Zeitpunktes zu legen, seit wann der Vermißte verschwunden oder wann der unbekannte Tote aufgefunden ist.

Der Königliche Landrat.

Nejahn.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Tangenhof, den 1. Februar 1918.

Bekanntmachung.

In der Feldmark Tangenhof ist zur Vertilgung des Raubzeuges Gift gelegt. Vor Aufnahme des Raub- und Falkwildes wird gewarnt.

Der Amtsvorsteher.

A. B.
Ruhner.

Görlich, den 4. Februar 1918.

Zur Vertilgung von Raubzeug wird auf dem Jagdgelände Görlich in der Zeit vom 5. Februar bis 1. Mai d. J. Gift ausgelegt werden.

Vor Aufnahme von Brocken und Falkwild wird gewarnt.

Der Amtsvorsteher.

Strohpreß-, Kleedrusch- und Kleereibearbeiten

übernimmt

Gerthard Scholz, Groß Wartenberg.

Kirchfassenrechnungen Pfarrfassenrechnungen

zu haben in

A. Ludwigs Buchdruckerei Rothe, Politt & Co.

Gesucht w. Grundbesitz

jegl. Art, Güter, Landwirtsch., Wohn- u. Geschäftshäuser, Villen, Gasthöfe, Hotels, Ziegeleien, industr. Betriebe usw., insbes. Existenzen für Kriegsbeschädigte zwecks Bekanntgabe a. d. 6000 Käufer u. Interessenten durch d. Verlag d. Verkaufsmarkt. Kein Makler. Keine Provision. Angeb. an Ernst Rosenberg, Hamburg 24, Immenhof 33. Besuch erfolgt kostenlos!

Personal

Finden Sie am bequemsten durch ein kleines Inserat in der weitverbreiteten Delfer Zeitung Lokomotive a. d. Ober.



Aus der Heimat.

Mehrere hunderttausend Mitteilungsstellen (persönlich oder telefonisch) über erwünschte Gesandnisse in Stadt und Land sind der Redaktion stets zur Verfügung und werden gern benützt.

* **Erspörung des Fuchses.** Wahrlich, mehr als er, der vielverleumdete, verdient, wird bei uns Meister Meinecke, der Fuchs, verachtet, gejagt, verfolgt. Eigentlich sollte man, so schreibt die Zeitschrift „Niederjachsens“ mit Recht, annehmen, wenn auch die unerhörten Preise für Felle zum Abschuss und Fange loden, so müßten doch die noch viel höheren Preise für Pelze vor dem Kaufe derselben zurückschrecken. Aber nein, das Gegenteil scheint zuzutreffen. Und wenn es so weitergeht, wird bald kein Fuchslein mehr leben. Traurige Ausblicke! Da werden wir bald den Kindern sagen müssen: es gab einmal ein gar kluges und schönes Tier, Fuchs genannt. Als aber der große Krieg kam, erwachten Mammongeist und Prunkfucht wie nie zuvor. Nichts wurde gespart. Auch die Füchse alle mußten sterben! Mehr noch: Hart war der vorige Winter. Es würden alle Mäuse erfrieren, so dachte wir. Weit gefehlt! Wer im letzten Sommer Morn nähte, wer Stoppeln umlegte, der weiß aus eigener Erfahrung, daß so viele Mäuse, wie im letzten Sommer, lange nicht mehr da waren. Sollten diese Plagegeister im kommenden Sommer in vermehrter Auflage auftreten? Nein! Gibt es aber ein Tier, das uns besser bewahren kann, das mehr schädliche Mager vertilgt als der Fuchs? Nein. Oder können wir es uns leisten, das Wort „Leben und Leben lassen“, mit deutscher Humanität auch auf die Mäuse auszudehnen? Nein! Krieg den Mäusen und Ganslern, und Frieden dem Fuchse, und das bald, und um jeden Preis!

* **Ein empfehlenswertes Waschmittel.** Bekanntlich werden gegenwärtig mitunter Waschmittel von zweifelhafter Beschaffenheit in den Handel gebracht, die auf die Wäsche eine geradezu zerstörende Wirkung ausüben; daher empfiehlt es sich, auf ein Waschmittel zurückzugehen, dessen Vortrefflichkeit seit altersher erprobt ist. Das ist die Holzschenklaunge. Diese wird dadurch hergestellt, daß gesammelte reine Holzschenke mit abgekochtem Wasser übergossen wird. Nachdem läßt man sie unter öfterem Umrühren zwölf Stunden absteilen und füllt hierauf mit einem Topf die klare Lauge ab, die man zur Vorsicht noch durch ein

Luch gießen möge. Durch diese Pottaschenlaunge, die man zum Einweichen und Waschen verwendet, wird viel Seife und Seifenpulver erspart. Infolge der billigen Herstellung von Seife und Soda war dieses alte Verfahren in Vergessenheit geraten. Unter den heutigen Verhältnissen erscheint es jedoch angebracht, auf dieses Waschmittel, das außer seiner Güte noch den Vorzug der Billigkeit besitzt, wieder zurückzugreifen.

* **Wettig.** Bei der Reparatur eines Benzolwagens in der hiesigen Eisenbahn-Reparaturwerkstatt sind vier Arbeiter, die nach und nach, um nach den vorher eingestiegenen Arbeitern, die nicht mehr zum Vorschein kamen, zu forschen, eingestiegen waren, durch Gase betäubt worden; erst dem fünften, an einem Seil eingelassenen Arbeiter gelang es, die vier verunglückten Kameraden aus der gefährlichen Lage zu befreien. Durch Anwendung eines Sauerstoffapparates wurden drei Arbeiter ins Leben zurückgebracht, bei dem vierten waren die Wiederbelebungsversuche erfolglos.

* **Sindenburg.** In Ausübung ihres Berufes sind auf der Konforbia- und Emmagrube der Fördermann Johann Kadura und der Bergmann Ethmol tödlich verunglückt.

* **Schweidnitz.** Die hiesige Gasanstaltsverwaltung hat seit dem 1. d. M. die Straßenbeleuchtung eingeschränkt; die Abendlaternen sind ausgeschaltet, es brennen nur noch die Nachlaternen. Der Grund hierfür liegt nicht in Mangel an Gas, sondern in der Schwierigkeit der Beschaffung neuer Laternenbrenner und Ersatzteile. Damit wenigstens die Nachlaternen in gutem Zustande erhalten werden können, mußte auf die Beibehaltung der Abendlaternen verzichtet werden.

Bei der Abendaufführung der Operette „Der selige Balduin“ ereignete sich im dritten Akt ein kleiner Zwischenfall. Bei dem Duett „Mausi, Maus, wenns dunkel ist“, das Herr Stein und Fr. Ozanich singen, wobei sie je zwei elektrische Glühbirnen schwingen, war bei einer der Glühbirnen jedenfalls die Isolierung des Gewindes fehlerhaft, und Fr. Ozanich muß gerade an dieser Stelle die Glühbirne angefaßt haben, denn sie warf diese plötzlich mit einem Aufschrei von sich und fiel zu Boden. Sie hatte einen elektrischen Schlag bekommen, von dem sie sich aber bald wieder erholte. Das Duett wurde abgebrochen, aber nach kurzer Pause der Akt unter Mitwirkung von Fr. Ozanich zu Ende geführt.

* **Frankenstein.** Dem Gendarmeriewachmeister Ruch kam ein auf der Gaststelle Peterwitz stehender Wagen, der angeblich mit Körben beladen für Morpenrot bestimmt war, verdächtig vor. Der Wachmeister ließ insgedessen den Wagen öffnen und fand darin folgendes vor: 24 Sack Mehl, 2 Sack Hafer, 16 Sack Graupe, 12 Sack Weizen, 2 Sack Roggen, 1 Sack Hafergerichte, 3 Körbe Äpfel, 2 Sack Erbsen und 2 Sack Kornkaffee. Die Waren, welche einem Händler aus Oberschlesien gehörten, wurden beschlagnahmt und an den Kommunalverband abgeliefert.